



„Merz muß nach Beeskow!“ fordert Landwirt Gerhard Thiele, der 1932 in Merz geboren wurde. Für ihn sei das immer klar gewesen, daß die Merzer nach Beeskow gehören. MOZ-Fotos Jur

Zwei Kreistage und das Innenministerium müssen noch entscheiden

# Wann wird Merz das Amt Schlaubetal verlassen?

Bürgermeisterin Alward: Für uns wird in Müllrose nichts getan

Merz (sab) Mit großen Schritten entfernt sich die Gemeinde Merz immer mehr aus dem Amt Schlaubetal. Nachdem die Amtsausschussung dem Antrag auf Eingemeindung nach Beeskow zugestimmt hat, müssen jetzt die beiden Kreistage Beeskow und Eisenhüttenstadt zustimmen, damit Merz das Amt verlassen kann.

In Eisenhüttenstadt traf sich am Mittwoch, dem 8. September, der Kreis Ausschuß, der bestimmt, ob der Antrag überhaupt im Kreistag behandelt wird. Wie von der Pressestelle des Eisenhüttenstädter Landratsamtes zu erfahren war, wurde dem Antrag zugestimmt, so daß am 21. Oktober – zur nächsten Kreistagssitzung – darüber entschieden wird.

Nach Kommunalwahlen wird Eingemeindung leichter

Im Beeskower Landratsamt war man sich noch nicht sicher, wann das Merzer Problem behandelt wird. Zur kommenden Kreistagssitzung am 15. September steht es allerdings nicht auf der Tagesordnung. Und erst nach dem 15. September wird entschieden, wann der Ausschuß wieder tagt, der dem Antrag erst einmal zustimmen muß.

Daß diese verschiedenen Instanzen durchlaufen werden müssen, damit der Antrag der Gemeinde in das Innenministerium gelangt, verzögert den gesamten Prozeß. Bei der Kreisgebietsneugliederung erschwert, so Rolf Lindemann, Rechtsamtsleiter des Beeskower Landrats. „Denn so müssen zwei Kreistage zustimmen, im Großkreis

wäre es nur einer.“ Die Merzer Bürger, die mit 92 Prozent für eine Eingemeindung stimmten, müssen wohl bis nach den Kommunalwahlen im Dezember ausharren. Dabei hätte alles viel schneller gehen können, denn am 2. September verabschiedete der Brandenburger Landtag das 3. Gemeindegliederungsgesetz. Doch die Gemeinde Merz konnte darin nicht berücksichtigt werden. Denn erst Ende Juni erreichte der Antrag den Schreibtisch des zuständigen Referenten Alfred Klingelhöfer vom Referat für Kommunale Aufgaben und Gebietsstruktur Potsdam. „Deshalb konnten wir die Gemeinde nicht in den Gesetzesentwurf aufnehmen, das war zu kurzfristig“, so Klingelhöfer.

Trotzdem sei der Zug für die Gemeinde Merz, das Amt in Müllrose zu verlassen, noch nicht abgefahren, man müsse die Kommunalwahlen abwarten. Danach könne man auch auf eine neue Gemeindeordnung hoffen, die einen Austritt aus dem Amt erheblich erleichtert. Referent Klingelhöfer: „Dann muß der Antrag nicht mehr durch den Landtag, sondern es bedarf nur noch einer Genehmigung.“

Vertrauen zum Amtsdirektor des Schlaube-Amtes fehlt

Auf jeden Fall erhofft sich die Merzer Bürgermeisterin Cornelia Alward bessere Bedingungen für die Gemeinde, wenn sie zu Beeskow gehört. Denn in den vergangenen Monaten sah es vielfach Probleme mit dem Amt Schlaubetal, das nach Ansicht der Merzer Bürger ihre Interessen nicht genug vertritt.

Nicht nur, daß es an Vertrauen zum Amtsdirektor Detlef Meine mangle,

auch die Finanzpolitik brachte Cornelia Alward in Rage: „Wir haben überhaupt keine Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, weil wir kaum Geld zur Verfügung haben. Das geht für Kreis- und Amtsumlage drauf.“

Alward: „Wir wollen unsere Geschicke selber leiten!“

Das Amt kümmere sich nicht um die Belange der Bürger, obwohl man sie doch dafür bezahle. „Immer müssen wir dreimal nachhaken, damit sich was bewegt“, klagt Frau Alward.

Sie liefert ein Beispiel des reibungs-vollen Gegeneinanders von Amt und Gemeinde: Eine Baufirma schickte Mahnungen nach Merz, daß Rechnungen, die die Bürgermeisterin zum Amt weitergeleitet hatte, nicht bezahlt wurden. „Wahrscheinlich lagen die Rechnungen, obwohl ich sie schon unterzeichnet hatte, unbearbeitet in Müllrose“, vermutet Cornelia Alward, „und dann sagen die Firmen, sie machen nichts mehr für uns.“

Als ein Sachbearbeiter im Schlaube-Amt darauf angesprochen wurde, antwortete er, daß die gesetzlich vorgeschriebene Frist von zwei Monaten meist eingehalten, ja sogar „unterschritten“ würde.

Natürlich wissen die Gemeindevertreter, daß nach der Eingemeindung keine schlaraffenlandähnliche Zeiten für die Gemeinde anbrechen werden. „Wir sind hier und da am Rand. Trotzdem werden wir um unseren Haushaltsplan kämpfen, schließlich wollen wir als Gemeinde unsere Geschicke selber leiten“, sagt Cornelia Alward. Ein Gemeindevertreter soll das Mitspracherecht in der Stadtverwaltung bekommen.